

Ernährung im Fokus

Der vom Bundestag eingesetzte Bürgerrat Ernährung hat Vorschläge für eine gesündere Ernährung vorgelegt. Dazu gehören unter anderem ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder, eine gesunde Gemeinschaftsverpflegung etwa in Pflegeeinrichtungen, eine Altersgrenze für Energydrinks und geringere Steuern auf gesunde Lebensmittel. Die Ideen des Bürgerrats sind nicht bindend. Eine Ernährungsstrategie für Deutschland hat fast zeitgleich das Bundeskabinett verabschiedet. Pläne für Steuersenkungen sind darin nicht enthalten. **dpa**

Kritik an Ökonomisierung

Die neu gegründete Partei „Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ will sich gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen einsetzen. In der Gesundheitspolitik brauche es einen grundlegenden Kurswechsel, sagte Amira Mohamed Ali. Grundproblem seien die zunehmende Privatisierung und Ökonomisierung. Mohamed Ali übernimmt mit Sahara Wagenknecht den Vorsitz der Partei. Diese will auch Expertenräte gründen, um die Pandemie politisch aufzuarbeiten. **lau**

Geflüchtete Menschen Kritik an eingeschränkter Gesundheitsversorgung

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BptK), ärztliche Fachverbände und Organisationen kritisieren eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, nach der Geflüchtete in Deutschland doppelt so lange wie bisher von der Regelversorgung ausgeschlossen werden. „Wer von Krieg oder Flucht traumatisiert ist, kann nicht drei Jahre auf eine Psychotherapie warten. Psychisch kranke Menschen benötigen frühzeitig psychotherapeutische Versorgung – unabhängig von der Herkunft“, sagt Andrea Benecke, Präsidentin der BptK.

Mit dem am 18. Januar beschlossenen Rückführungsverbesserungsgesetz hat der Deutsche Bundestag auch eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes beschlossen, nach der Geflüchtete statt wie bisher 18 Monate zukünftig 36 Monate lang nur eingeschränkte Gesundheits- und Sozialleistungen erhalten. Das Asylbewerberleistungsgesetz gewährt in diesem Zeitraum nur eine Akut- und Schmerzbehandlung. Psychotherapie wird nur in Einzelfällen genehmigt.

In einem gemeinsamen Positionspapier mit der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und



Foto: picture alliance/dpa/Anne Deiert

Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN), Ärzte der Welt sowie der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) macht die BptK auf die gesundheitlichen Folgen der Beschränkung aufmerksam. Sie appellieren an die Bundestagsabgeordneten, sich gegen eine Änderung auszusprechen.

„Die Änderung hat gravierende Auswirkungen auf die Versorgung psychisch kranker Geflüchteter“, mahnt BptK-Präsidentin Benecke. Unbehandelt oder zu spät behandelt könnten sich psychische Erkrankungen verschlechtern oder chronifizieren und sich die Behandlungskosten erhöhen. Mit der Änderung werde es für Geflüchtete noch schwerer, psychotherapeutische, psychosoziale oder psychiatrische Unterstützung zu erhalten. **PB**

Vertragsärztliche Versorgung

Neue Psychotherapeutensitze in NRW

In Nordrhein-Westfalen (NRW) werden 24,5 zusätzliche Kassensitze für die psychotherapeutische Versorgung geschaffen. Das gab das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) bekannt, das die neuen Sitze zusammen mit den Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrhein und Westfalen-Lippe sowie den Landesausschüssen der Ärzte und Krankenkassen geschaffen hat.

Ausgewiesen werden sie gezielt für ländliche und strukturschwache Regionen. Grundsätzlich begrenzen bundesgesetzliche Regelungen die Zahl der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die sich in bestimmten Planungsregionen niederlassen können. Nach § 103 Abs. 2 Satz 4 SGB V können die Gesundheitsministerien der Länder jedoch seit 2019 in ländlichen oder strukturschwachen Teilgebieten von gesperrten Planungsbereichen zusätzliche Sitze für einzelne Arztgruppen oder Fachrichtungen einrichten lassen.

Nordrhein-Westfalen ist neben Schleswig-Holstein das erste Bundesland, das von dieser Ausnahmeregelung zur Stärkung der psychotherapeutischen Versorgung Gebrauch macht.

„Wir begrüßen es sehr, dass das MAGS aktiv geworden ist und die Einrichtung zusätzlicher Sitze veranlasst hat“, sagte Gerd Höhner, Präsident der Psychotherapeutenkammer NRW. „Der Kammervorstand weist schon länger darauf hin, dass Patientinnen und Patienten in manchen Regionen unzumutbar lange auf einen freien Psychotherapieplatz warten müssen.“

Das Ministerium hat nach eigenen Angaben zunächst die Bereiche mit den niedrigsten Versorgungsgraden in den Blick genommen. Insgesamt gibt es in NRW rund 5 500 Psychotherapeutensitze. **PB**



Im größten Bundesland Deutschlands sind rund 5 500 Psychotherapeuten niedergelassen.

Foto: mag90/stock.adobe.com